B E S C H L U S S V O R L A G E

			Vorlage-Nr.: B 04/0173	
60 - Amt für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr			Datum: 14.04.2004	
Bearb.	: Herr Deutenbach	Tel.: 2 09	öffentlich	nicht öffentlich
Az.	: ju/ti		X	

Beratungsfolge

Sitzungstermin

Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr

03.06.2004

Bebauungsplan Nr. 249 -Norderstedt -

Gebiet: zwischen Mühlenweg/Am Hange/Buschberger Weg/Lütt Wittmoor

- hier:** a) Verzicht auf frühzeitige Bürgerbeteiligung
 b) Entwurfs- und Auslegungsbeschluss

Beschlussvorschlag

- a) Gemäß § 3 Abs. 1 BauGB wird auf die Durchführung einer gesonderten frühzeitigen Bürgerbeteiligung verzichtet, da sich die Änderung auf das Plangebiet und die Nachbargebiete nicht bzw. nur unwesentlich auswirkt.

Die Verwaltung wird dagegen beauftragt im Zuge der Auslegung des Entwurfs eine öffentliche Veranstaltung zur Unterrichtung der Betroffenen durchzuführen und dem Ausschuss über das Ergebnis zu berichten.

- b) Der von der Verwaltung ausgearbeitete Entwurf des B 249 – Norderstedt –, bestehend aus der Planzeichnung – Teil A – und dem Text – Teil B –, wird gebilligt.

Die Begründung zum Bebauungsplan Nr. 249 – Norderstedt wird in der Fassung der Anlage 1 (18.05.2004) gebilligt.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Entwurf und die Begründung zum Bebauungsplan Nr. 249 – Norderstedt – gemäß § 3 Abs. 1 BauGB öffentlich auszulegen. Die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange ist gemäß § 4 Abs. 1 BauGB parallel durchzuführen.

Sollten sich nach der öffentlichen Auslegung durch berücksichtigte Anregungen Änderungen des Entwurfs ergeben, die die Grundzüge der Planung nicht berühren, wird die Verwaltung beauftragt, ein eingeschränkte Beteiligung gemäß § 3 Abs. 3 Satz 3 i. V. m. § 13 Nr. 2 BauGB durchzuführen.

Auf Grund des § 22 GO waren keine/folgende Ausschussmitglieder von der Beratung und der Beschlussfassung ausgeschlossen; sie waren weder bei der Beratung noch bei der Abstimmung anwesend:...

Sachverhalt

Bezüglich der Sach- und Rechtslage und der Vorgeschichte wird auf die Vorlage zum Aufstellungsbeschluss zur gleichen Sitzung verwiesen.

Ergänzend zur vorliegenden Vorlage bzw. zum Aufstellungsbeschluss weist die Verwaltung noch darauf hin, dass andere B-Planprioritäten und personelle Engpässe ebenfalls zur bisher aufgetretenen Verzögerung geführt haben. Um das Verfahren nun zu beschleunigen und den Antragstellern möglichst schnell Baurechte zu verschaf-

Sachbearbeiter/in	Abteilungsleiter/in	Amtsleiter/in	mitzeichnendes Amt (bei über-/außerplanm. Ausgaben: Amt 20)	Dezernent/in

fen, schlägt die Verwaltung vor, im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten des BauGB Verfahren und Inhalte des B-Planes "schlank" zu halten.

Dazu gehört z. B., auf die Durchführung einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung zu verzichten, da sich die Planung, wie nach § 3 Abs. 1 BauGB möglich, nur unwesentlich auf das Plangebiet und die Nachbargebiete auswirkt und sich bereits durch eine Unterschriftensammlung eine überwiegende Mehrheit der betroffenen Grundeigentümer für eine solche Planung ausgesprochen hat. Im Übrigen werden bzw. wurden bereits auch für einen Teil der Nachbargebiete Nachverdichtungsmaßnahmen durchgeführt, die eine überwiegende Zustimmung gefunden haben.

Weiterhin schlägt die Verwaltung vor, zur Vereinfachung und damit auch Beschleunigung des Verfahrens diesen B-Plan 249 nur als einfachen B-Plan aufzustellen, d. h. er wird nur über die notwendigsten Festsetzungen verfügen. Alle weiteren Faktoren bestimmen sich dann nach § 34 BauGB.

Hinsichtlich der Umweltbelange wird auf die beiliegende Checkliste zur UVP verwiesen. Zur Behandlung der Eingriffs- und Ausgleichsregelung schlägt die Verwaltung vor, den betroffenen Grundstücken im B-Plan Nr. 241 – Norderstedt –, Gebiet: Deckerberg, eine Ausgleichsfläche zuzuordnen.

Anlage(n)